

BSU
000104

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

1. HON
2. AX
3. FJ
4. Mh.

Berlin, den 11 Juni 1982
10.6.
6 Blatt
4 Exemplar

Nr. 296 / 82

INFORMATION

über

eine Einschätzung der NATO zur Lage und Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten Europas

Zuverlässig wurden Einzelheiten einer von führenden NATO-Kreisen gefertigten Ausarbeitung bekannt, in der die politische und wirtschaftliche Lage der UdSSR und der anderen europäischen sozialistischen Länder sowie die sowjetische Außenpolitik eingeschätzt wurde. Diese Einschätzung wurde eine Grundlage für die außen- und militärpolitischen Entscheidungen der NATO-Ministerratsagung vom 17./18. 5. 1982.

Nach Ansicht der NATO war die Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen das beherrschende Ereignis im Zusammenhang mit der Lage und Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten im Berichtszeitraum Oktober 1981/März 1982.

Der politische "Erneuerungsprozeß" mit möglichen Auswirkungen auf die sozialistischen Länder sei damit gestoppt worden. Durch die Ermunterung dieser Maßnahme habe die UdSSR auch einen möglichen Bruch im Warschauer Vertrag verhindert und möglicherweise durch die gezielte Demonstration seiner Einheit politischen Nutzen gezogen. Die anderen sozialistischen Staaten hätten, mehr oder weniger übereinstimmend, die Verhängung des Ausnahmezustandes als notwendige Maßnahme angesehen. Selbst China habe eine äußerst vorsichtige Haltung eingenommen. Es betone zwar die Notwendigkeit einer Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens, verzichte aber auf eine Verurteilung

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2
BStU
000105

der polnischen Militärführung und der Haltung der UdSSR in dieser Frage. Seitens osteuropäischer sozialistischer Staaten bestünden jedoch Bedenken hinsichtlich der Dominanz der polnischen Militärs über die Partei.

Längerfristig müsse beachtet werden, daß durch die Maßnahmen des Ausnahmezustandes zwar die Kontrolle der Behörden wiederhergestellt, aber keine echte Lösung für die soziale Krise Polens herbeigeführt worden wäre. Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes wären keine Verbesserungen der Wirtschaftslage Polens eingetreten. Sie sei nach wie vor äußerst prekär. Eine schnelle Rückkehr zur Führungsrolle der Partei sei nicht zu erwarten. Insgesamt beständen keine Aussichten auf eine baldige Erfüllung der in der NATO-Erklärung zu Polen vom 11. 1. 1982 erhobenen Forderungen.

Trotz anhaltender innenpolitischer Spannungen und einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage in der VRP sei jedoch ein direktes Eingreifen der UdSSR und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages in Polen auf absehbarer Zeit unwahrscheinlich. Angesichts des enormen Prestigeverlustes der PVAP und der geringen Aussichten auf eine baldige Überwindung ihrer Krise habe die UdSSR offensichtlich erkannt, daß die Wiederherstellung des Primats der Partei in Polen eine komplizierte Aufgabe für einen längeren Zeitraum darstelle. Die Entwicklung in Polen seit dem 13. 12. 1981 habe der UdSSR gezeigt, daß die polnische Militärführung unter Jaruzelski weiterhin gewillt und auch in der Lage sei, Repressivmaßnahmen anzuwenden und die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Ungeachtet gewisser Meinungsverschiedenheiten (Rolle der Kirche, Gewerkschaftspolitik) und ideologischer Vorbehalte habe die sowjetische Führung daher ihre Hoffnung auf eine "Normalisierung" in Polen auf den von Jaruzelski geführten Militärerrat gesetzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder Europas sei weiterhin durch mangelnde Prosperität gekennzeichnet. Die Energiesituation der RGW-Länder habe sich aufgrund ungewisser Kohlelieferungen aus Polen und reduzierter sowjetischer Erdöllieferungen weiter zugespitzt. Angesichts der fehlenden westlichen Bereitschaft zur Kreditgewährung hätten sie Schritte zum Abbau ihrer westlichen Kredit- und Importabhängigkeit eingeleitet.

Nach Polen sei nunmehr auch Rumänien in Umschuldungsverhandlungen mit westlichen Ländern eingetreten. Seine Liquiditätskrise sei jedoch nicht nur auf ökonomische Ein-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

3BStU
000106

schränkungen zurückzuführen, sondern auch auf Entscheidungen westlicher Banken, die im Ergebnis der Polen-Krise ihr Engagement in Rumänien reduziert hätten. 1981 sei erstmals seit 1976 eine positive Handelsbilanz, wenn auch mit großen Opfern, erreicht worden. Ökonomische Probleme hätten Rumänien gezwungen, ein engeres Verhältnis zur UdSSR und anderen RGW-Staaten anzustreben. Die im Ergebnis von Preissteigerungen eingetretenen innenpolitischen Spannungen seien nicht überzubewerten. Es gebe gegenwärtig keine Anzeichen, daß die Kontrolle der Lage in Rumänien durch Partei und Sicherheitskräfte infrage gestellt sei.

Die innere Lage in der DDR sei stabil. Eine interessante Entwicklung zeige sich im Anwachsen einer Friedensbewegung, die von der Kirche, nicht oder von Partei- und Staatsführung, unterstützt werde. Im ökonomischen Bereich sei trotz sich verschlechternder Bedingungen auf Kosten der Investitionen und des Konsums eine Wachstumsrate von 5 % erzielt worden. Trotz einiger Einsparungserfolge scheine die Lage speziell auf dem Energiesektor sich verschlechtert zu haben.

Die ökonomische Entwicklung in der CSSR stagniere bzw. bewege sich in Richtung Nullwachstum. Gegenwärtig beständen geringe Aussichten auf eine Überwindung der Wirtschaftstagnation.

Im Vergleich zu anderen europäischen sozialistischen Ländern habe Bulgarien weniger mit ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die 5-Jahrplanziele bewiesen Realismus. Die finanzielle Lage des Landes habe sich 1981 etwas verbessert. Innenpolitisch gebe es keine größeren Probleme.

Die bisher günstigen ökonomischen Perspektiven Ungarns würden angesichts der Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage und zunehmender Ost-West-Spannungen neu zu bewerten sein. Ungarn nähere sich bereits dem Nullwachstum.

Jugoslawien stehe gegenwärtig vor einer ernststen Wirtschaftskrise. Die Nationalitätenprobleme hielten an. Insgesamt sei das jugoslawische System trotz ungünstiger Entwicklungen aber auch 2 Jahre nach Titos Tod stabil geblieben.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4

BStU

000107

Trotz

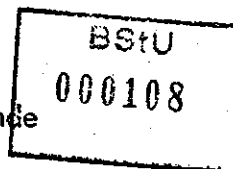
In Albanien seien keine wesentlichen politischen Veränderungen zu erwarten. Trotz eines ernsten Rückschlages im Ergebnis der Ereignisse in Kosovo würden sowohl Jugoslawien als auch Albanien versuchen, einen Bruch in ihren bilateralen Beziehungen zu vermeiden.

Die gegenwärtigen Entwicklungen im RGW laufen nach Meinung der NATO auf eine Stärkung der ökonomischen Beziehungen der RGW-Staaten mit der UdSSR und zunehmende Abhängigkeit von ihr hinaus. Die Fähigkeit der Sowjetunion zu zusätzlichen Lieferungen von Energie und Rohstoffen sei zwar begrenzt, aber von entscheidender Bedeutung.

Es gebe nach NATO-Auffassung keine Anzeichen auf negative Auswirkungen der polnischen Krise auf die Lage in der Sowjetunion. Die scharfen Repressurmaßnahmen der letzten beiden Jahre hätten die Dissidenten-Bewegung ernsthaft geschwächt. Der Gesundheitszustand Breschnews sowie der Tod Scharows habe international Spekulationen um Nachfolgeprobleme stärker hervortreten lassen. Die gegenwärtige Führung behalte jedoch ihre Autorität und Handlungsfähigkeit. Hinweise auf Führungskämpfe lägen nicht vor. Mögliche Veränderungen in der Parteiführung würden wahrscheinlich eher ein gradueller Prozeß als eine plötzliche Ersetzung einer ganzen Führungsgeneration sein. Nach NATO-Auffassung werde höchstwahrscheinlich eine kollektive Führung beibehalten, die eine innenpolitische Konsolidierung anstrebt, ohne traditionelle Prioritäten wesentlich zu verändern. Im ökonomischen Bereich werde sie wahrscheinlich nicht zu einer wesentlichen Reduzierung der Verteidigungsausgaben oder Veränderung grundlegender Wirtschaftsprogramme fähig sein. Möglich erscheine lediglich eine gewisse Umsetzung von Mitteln in den Konsumtionssektor. Ein Programm dieser Art würde Zeitgewinn bedeuten, ohne gegenwärtig vorliegende Strukturen wesentlich verändern zu müssen.

Die sowjetische Wirtschaft habe auch 1981 schlechte Ergebnisse gebracht, was Zweifel an der Erfüllung des neuen 5-Jahrplanes bewirke. Ungenügende Planerfüllung in der Industrie würde durch gravierende Mängel in der Landwirtschaft begleitet. Hinzu käme die prekäre Situation im Verkehrswesen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Trotz dieser Probleme sollte die UdSSR in der Lage sein, weiterhin ausreichende Ressourcen zu mobilisieren, um ihre Positionen als Weltmacht zu halten.

Außenpolitisch habe die UdSSR keine wesentlichen Fortschritte bei der Konsolidierung bzw. Erweiterung ihrer Positionen erzielen können. In absehbarer Zeit werde sie nach Auffassung der NATO die bisherigen Haupttendenzen ihrer Außenpolitik beibehalten. Gegenwärtige Schwierigkeiten würden von der sowjetischen Führung als zeitweilig angesehen. In den Mittelpunkt der Ost-West-Beziehungen werde die UdSSR weiterhin Fragen der Rüstungskontrolle stellen. Westeuropa bleibe ein Schwerpunkt der sowjetischen Außenpolitik. Die UdSSR hoffe, dadurch Meinungsverschiedenheiten in der NATO zu schüren. Insgesamt blieben die Beziehungen UdSSR - Westeuropa jedoch kühl.

Gegenüber dem Nahen Osten habe die UdSSR nach der Ernennung Sadats ihre Bemühungen um die Unterstützung der arabischen Länder für die von L. I. Breshnew vorgeschlagene internationale Nahost-Konferenz verstärkt. Öffentlich sehe sie gegenwärtig Möglichkeiten für eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Ägypten. Der irakisch-iranische Krieg verkompliziere weiterhin die Politik der Sowjetunion gegenüber Irak und Iran. Eine Verschlechterung der Beziehungen zum Irak hätte durch steigende sowjetische Waffenlieferungen aufgehalten werden können. Nach Einschätzung der NATO werde jedoch der frühere Stand auf absehbare Zeit, zumindest solange Präsident Hussein an der Macht bleibt, nicht wieder erreicht werden. Die dadurch entstandenen Einbußen seien durch verbesserte Beziehungen zum Iran nicht ausgeglichen worden. Die UdSSR scheine zu der Auffassung gelangt zu sein, daß das gegenwärtige Regime im Iran zumindestens auf absehbare Zeit die dominierende politische Kraft bleibt.

Zwei Jahre nach ihrem militärischen Eingreifen in Afghanistan sei die UdSSR ihrem Ziel, der Konsolidierung der afghanischen Führung unter Karmal, nicht näher gekommen. Sie setze sich weiterhin für deren internationale Anerkennung auf der Grundlage der afghanischen Vorschläge vom 24. 8. 1981 ein.

Die Bemühungen der UdSSR um eine Wiederbelebung des Dialogs mit China seien durch taktische Überlegungen bedingt. Beide Staaten würden im Offenhalten ihrer Optionen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

6
BStU
000109

gewisse Vorteile sehen, ohne ernsthaft wesentliche Konzessionen zu erwägen.

Nach Einschätzung der NATO gebe es Befürchtungen der UdSSR hinsichtlich einer möglichen Annäherung Indiens an Pakistan und China sowie Westeuropa. Sie habe daher ihre entsprechenden Aktivitäten in diesem Raum intensiviert.

Die Aussichten auf eine Verbesserung der politischen Beziehungen der UdSSR mit Japan wären gering. Andererseits forcire die Sowjetunion ihre Aktivitäten in Richtung eines Ausbaus der sowjetisch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere hinsichtlich des Imports japanischer Technologie und japanischer Investitionsbeteiligung in Ostsibirien.

Die Beziehungen UdSSR Äthiopien seien durch die äthiopische Verweigerung weiterer Marinestützpunkte in die Sowjetunion und unzureichende sowjetische Wirtschaftshilfe weiter belastet worden.

Im Interesse der Sicherheit der Quelle darf diese Information nicht publizistisch ausgewertet werden.